

Javier Milei – ein exzentrischer Ultraliberaler

Gerhard Dilger

■ Buenos Aires. Seine erste Rede als gewählter Staatschef von Argentinien liest Javier Milei vom Blatt. „Unser Land braucht einen drastischen Wandel, nicht schriftweise, nicht lauwarm“, sagt er vor jubelnden Anhängern. Der 53-jährige ultrarechte Ökonom gewann die Stichwahl mit 55,7 Prozent gegen den peronistischen Wirtschaftsminister Sergio Massa sensationell klar. Sich selbst definiert er als „liberal-libertären Präsidenten“.

Der Senkrechtstarter Milei wurde durch TV-Shows bekannt, Beschimpfungen sind sein Markenzeichen. Den argentinischen Papst Franziskus bezeichnete er in früheren Auftritten als Kommunisten und „Vertreter des Bösen im Haus Gottes“. Im Wahlkampf rügte er zurück, die Attacken galten nun seinen politischen Konkurrenten.

Seine exzentrische Persönlichkeit machte den Mann mit der zerzausten Helfmfrisur zum Medienstar. Mal zog er mit seinen vier geklonten englischen Doggen in ein TV-Studio, mal stilisierte er sich als Comicfigur namens General Ancap (Anarchokapitalist) mit gelbschwarzem Kostüm und Dreizack. Seine Freundin, ein Fernsehstarlet, parodiert gerne Evita Perón oder Ex-Präsidentin Cristina Kirchner.

Mileis Biografie „Der Verrückte“ von Autor Juan Luis González avancierte zum Bestseller. Demnach litt der künftige Staatschef unter gewalttätigen Eltern und wurde zum Sonderling. Sein Spitzname stamme aus der Zeit als Fußballtorwart und Sänger einer Rolling-Stones-Coverband.



Argentiniens neuer Präsident Javier Milei. Foto: imago images

„Milei ist überzeugt, dass er mit seinem toten Hund redet“, meint González. „Er ist ein instabiler Führer für ein instabiles Land.“

Vor dem ersten Wahlgang im Oktober schwang Milei bei seinen Auftritten gerne eine Kettensäge – als Symbol dafür, dass der Staat radikal zusammengestutzt werden müsse. Nur acht Ministerien sollen übrig bleiben. Als Ausweg aus der Inflation, die derzeit 143 Prozent beträgt, möchte er die Landeswährung Peso durch den US-Dollar ersetzen.

Derweil kultiviert der Klimaleugner und Bewunderer von Ex-US-Präsident Donald Trump genüsslich die Provokation: Freier Verkauf von Schusswaffen, legaler Organhandel, erneute Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten Wochen, Privatisierung von Flüssen. Vermutlich haben jene Recht, die Mileis Sieg weniger seinem „Programm“ zuschreiben, sondern vor allem der verheerenden Regierungsbilanz der zerstrittenen und oft korrupten Peronisten unter Präsident Alberto Fernández, der gar nicht erst angetreten war.

Ein Rücktritt unter Tränen

Deutschlands oberste Protestantin Annette Kurschus gibt ihre Ämter wegen Vertuschungsvorwürfen ab. Sie will ihre Kirche und die Betroffenen von Missbrauch schützen, sieht jedoch keine Fehler bei sich.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ Bielefeld. Es herrscht Stille im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld, bevor Präsident Annette Kurschus den Saal betritt. Mit ernster Miene gelangt sie durch einen Seiteneingang hinein und stellt sich danach sichtlich bewegt ans Rednerpult. Kurz danach steht fest, womit viele schon gerechnet hatten – Kurschus tritt von all ihren Ämtern zurück. Sichtlich bewegt erklärt sie, dass es für sie keinen anderen Weg gibt, um Schaden von ihrer Kirche und der Arbeit der Betroffenenvertreter zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt abzuwenden. Fehler räumt sie indes nicht ein. Stattdessen spricht sie von einem „geschürten Konflikt“ und einer „absurden Verzerrung“, weil sie im Fokus der Öffentlichkeit steht.

Hintergrund ihres Rücktritts sind Recherchen der „Siegener Zeitung“, der eidesstattlichen Erklärungen von zwei Männern vorliegen, die Informationen über die sexuellen Verfehlungen eines Kirchenmitarbeiters aus Siegen bereits Ende der 1990er-Jahre detailliert an kirchliche Amtsträger weiter gegeben haben, unter anderem an Kurschus. Das Gespräch soll sogar in ihrem Garten stattgefunden haben.

Kurschus war zur Zeit der mutmaßlichen Übergriffe ebenfalls in Siegen tätig. 1989 kam sie als Vikarin nach Siegen-Eiserfeld. 1993 wurde sie Gemeindepfarrerin in Siegen-Klafeld und 1999 in Siegen-Weidenau. Ab 2001 war sie außerdem stellvertretende Superintendentin des evangelischen Kirchenkreises Siegen. Seit 2012 war die 60-Jährige Präsidentin der westfälischen Landeskirche und seit 2021 zudem EKD-Ratsvorsitzende.

An das Gespräch kann sich Kurschus erinnern. „Ich habe jedoch nur von der Homosexualität des Mannes und seiner ehelichen Untreue erfahren. Ich wünschte, ich wäre vor 25 Jahren bereits so aufmerksam, geschult und sensibel für Verhaltensmuster gewesen, die mich heute alarmieren würden“, sagte sie in Bielefeld.

Die Recherchen der „Siegener Zeitung“ sowie die eidesstattlichen Erklärungen wies Kurschus bei der Tagung der EKD-Synode in Ulm am vergangenen Dienstag noch als „Andeutungen und Spekulationen“ zurück. Sie will erst im Januar von den Missbrauchsvorwürfen erfahren haben. „Anfang des Jahres hat es eine anonymisierte Anzeige gegeben, seitdem weiß ich davon. Vorher hatte ich keine Kennt-



„Dieser Schritt fällt mir nicht leicht.“ – Annette Kurschus, Ratschefin der Evangelischen Kirche in Deutschland, tritt zurück. Foto: imago images

nis von harter sexualisierter Gewalt durch diese Person.“

Kritisiert wird Kurschus auch für ihre Auskünfte dazu, wie nahe sie dem Beschuldigten, der Rentner ist, steht. Auf einer Pressekonferenz in Ulm sagte sie am 12. November auf die Frage, ob sie den Beschuldigten kennt: „Ja, in Siegen kennt jeder jeden.“ Zwei Tage später räumte sie dann vor einer Versammlung der EKD in Ulm ein, dass sie ein sehr enges Verhältnis zum Beschuldigten hat: „Die beschuldigte Person kennt mich sehr gut, jedenfalls dachte ich das“, so Kurschus. „Was dieser Person vorgeworfen wird, ist entsetzlich.“ Kurschus soll sogar Parteitanteile eines der Kinder des mutmaßlichen Täters sein.

Verärgert zeigte sich Kurschus darüber, dass die Vorwürfe gegen sie in den Mittel-

punkt der Berichterstattung gerückt sind. „Inzwischen hat die Frage nach meiner Glaubwürdigkeit öffentlich eine derartige Eigendynamik entfaltet, dass eine absurde und schädliche Verschiebung eingetreten ist.“ Statt um die Betroffenen gehe es seit Tagen um ihre Person. „Das muss endlich aufhören.“ Damit die Aufklärung sexualisierter Gewalt wieder in den Fokus rückt, bleibt nur der Rücktritt. „Dieser Schritt ist mir nicht leicht gefallen.“ Die Ausführung ihrer Arbeit sei durch die aktuelle Entwicklung nicht mehr so möglich, wie es die Ämter verlangen und ihr am Herzen liege. Kurschus machte deutlich, dass sie viele Menschen, vor allem in Westfalen, damit enttäuscht.

Beide Ämter hat Kurschus nach eigenen Angaben immer mit viel Leidenschaft wahrgenommen. Mit tränenerstickter Stimme ergänzte sie: „Diese Redlichkeit lasse ich mir von niemandem absprechen.“ Eine Aussage, für die sie von Mitarbeitern des Landeskirchenamtes spontan Beifall erhielt.

Die Betroffenenvertretung im Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt in der EKD, der Interessenvertretung der Missbrauchsopfer, ist dankbar, dass sich Kurschus für den Rücktritt entschieden hat. „Ihre Entscheidung, auf die Ämter zu verzichten, schützt unsere Arbeit vor weiteren Belastungen“, erklärt Sprecherin Nancy Janz. „Die Rücktritte können die Aufklärung – auch bezüglich der Vorwürfe gegen ihre Person – unterstützen. Denn es existiert ein Widerspruch der Darstellungen zu diesem Aspekt des Falles, der durch unabhängige Fachleute untersucht werden muss.“

Sprecher Detlev Zander forderte als einer von wenigen öffentlich den Rücktritt von Kurschus. „Persönlich habe ich Annette Kurschus immer sehr geschätzt und ihren Rücktritt nimmt das Forum mit Respekt entgegen, doch mit ihrer Kommunikationsstrategie hat sie die Aufarbeitung gefährdet und Vertrauen verspielt.“ Die lückenlose Aufarbeitung sei die EKD allen Betroffenen schuldig. Wegen seiner öffentlichen Rücktrittsforderungen wird Zander jedoch auch angefeindet. „Das kenne ich schon und es zeigt leider, dass es vielen Kirchenvertretern doch nur um den Schutz von Personen geht und nicht um Missbrauchsopfer“, moniert Zander. „Wir sind ein starkes Forum, weil wir nicht nur beraten, sondern mitentscheiden. Deshalb sehe ich es als unsere Pflicht an Missstände anzusprechen, auch wenn sie hohe Amtsträger betreffen, und Konsequenzen zu fordern. Alles andere macht uns unglaublich.“

Zander hofft, dass mit dem Rücktritt von Kurschus der Fall aus Siegen nun lückenlos aufgeklärt und anschließend aufgearbeitet werden kann. „Ich hoffe sehr, dass sich Vertreter der EKD nun nicht in Anfeindungen gegen mich verrennen, sondern, dass es ihnen nun wirklich um die Sache geht. So wie sie es behaupten.“

Reaktionen zeigen Bedauern und Respekt

♦ Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, bringt sein großes Bedauern zum Ausdruck: „Mit dem Rücktritt von Annette Kurschus verliert der ökumenische Motor in unserem Land einen wesentlichen Antrieb.“

♦ Der Präsident der Evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel, sieht im

Rücktritt eine „konsequente Entscheidung“ in der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt. Der Schriftsteller „von ihrer persönlichen Integrität“ und dem „konsequenteren Aufarbeitungswillen“. ♦ Pastor Ulrich Pohl, Vorsitzender der Evangelischen Kirche im Rheinland, erklärte: „Präsidentin Annette Kurschus hat ihre Entscheidung überlegt ge-

troffen und mit Klarheit verkündet. Dieser Schritt verdient Respekt. Wir bedauern ihn außerordentlich. Wir haben Frau Kurschus als Präsidentin der Evangelischen Kirche von Westfalen immer als zugewandte und konsequente Streiterin für die Menschen in der Diakonie und in Bethel erlebt. Ich bedanke mich für ihre hervorragende Arbeit.“

„Evangelische Kirche wird im Januar ihr Waterloo erleben“

Der Kirchenrechtler Thomas Schüller kritisiert die Kommunikationsstrategie von Annette Kurschus.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ Münster. Der Fall Kurschus in der evangelischen Kirche zeigt nach Angaben von Kirchenrechtler Thomas Schüller, dass trotz aller Bekundungen auch heute noch der Schutz der Institution höher steht, als der Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt.

„Annette Kurschus gebührt aller Respekt für ihren Rücktritt, weil sie damit Verantwortung übernimmt. In der katholischen Kirche sollte man sich das zum Vorbild nehmen“, sagt Schüller. „Aber ich nehme ihr nicht ab, dass sie und die evangelische Kirche ein

großes Interesse an der Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt haben.“

Beide Kirchen in Deutschland wenden sich nach Einschätzung Schüllers, der an der Universität Münster lehrt und forscht, nicht freiwillig Missbrauchsopfern zu. Der aktuelle Fall zeige, dass neben der katholischen Kirche auch die evangelische Kirche und ihre hohen Geistlichen wie die Ratsvorsitzende Kurschus bis heute rechtlich wie menschlich nicht sachgerecht mit Anzeigen von sexualisierter Gewalt umgegangen seien und weiter umgingen.

Schüller geht derzeit nicht

davon aus, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Siegen justiziable Folgen für Kurschus haben werden. „Doch das von ihr verursachte Kommunikationsdesaster hat den Rücktritt erforderlich gemacht.“ Der Vertrauensverlust sei nach Fällen dieser Art irreparabel, wie das Beispiel von Kardinal Woelki in Köln zeige, der keine Resonanz mehr habe und nichts mehr bewirken könne. „Das wäre Annette Kurschus auch passiert.“

Zudem sei die evangelische Kirche mit Blick auf die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt unglaublich spät dran. „Kurschus, ihre Vorgänger und



Kirchenrechtler Thomas Schüller lehrt in Münster. Foto: dpa

viele weitere Amtsträger sind fälschlicherweise davon ausgegangen, dass sie unter dem Radar der Misstände in der katholischen Kirche um eine Aufarbeitung herum kommen.“ Doch das ist laut Schüller nicht länger möglich. Der evangelischen Kirche stehen mit der Veröffentlichung der ersten bundesweiten Studie zu sexualisierter Gewalt schwere Zeiten bevor. „Die evangelische Kirche wird im Januar ihr Waterloo erleben.“ Bekannt sei bereits jetzt, dass die Opferzahl in der evangelischen Kirche ähnlich hoch sei wie in der katholischen Kirche. „Es sind dieselben Mechanismen.“

Reiche Menschen leben extrem klimaschädlicher

■ Berlin (dpa). Der extreme Konsum der Reichen und Superreichen beschleunigt nach Datenanalysen der Entwicklungorganisation Oxfam die Erderwärmung in geradezu obszöner Weise. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursachte 2019 so viele klimaschädliche Treibhausgase wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen, wie es in einem Oxfam-Bericht heißt.

Der Bericht „Climate Equality: A Planet for the 99 Percent“ fußt auf der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass der Treibhausgasausstoß der Menschen mit dem privaten Einkommen und Vermögen steigt. Ursache sind etwa häufige Flugreisen, größere Häuser sowie insgesamt mehr klimaschädlicher Konsum – im Extremfall in Form von Luxusvillen, Megajachten und Privatjets. Basis sind Zahlen des Stockholm Environment Institute.

Oxfam-Referent Manuel Schmitt sagte: „Durch ihren extremen Konsum befeuern die Reichen und Superreichen die Klimakrise, die mit Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen bedroht, insbesondere in den einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens.“

Zum reichsten Prozent der Weltbevölkerung gehörten im Jahr 2019 Personen mit einem Jahreseinkommen von über 140.000 US-Dollar, zum reichsten Prozent der deutschen Bevölkerung Personen mit einem Jahreseinkommen von über 280.000 US-Dollar. Oxfam erklärte, nötig seien nun neue Steuern auf klimaschädliche Konzerne und die Vermögen und Einkommen der Superreichen.



Schlechte CO₂-Bilanz: Jachten im Hafen von Monaco. Foto: dpa

Erderwärmung erstmals über 2 Grad Celsius

■ Paris (AFP). Die weltweite Durchschnittstemperatur hat am Freitag erstmals die vorindustrielle saisonale Durchschnittstemperatur um mehr als zwei Grad übertroffen. Wie das europäische Erdbeobachtungsprogramm Copernicus mitteilte, lag die globale Durchschnittstemperatur am 17. November 2,06 Grad über den saisonal üblichen Durchschnittstemperaturen in den Jahren 1850 bis 1900. „Es handelt sich um den ersten Tag, an dem die weltweite Temperatur mehr als zwei Grad höher war“, schrieb Copernicus-Klima-Expertin Samantha Burgess im Onlinedienst X. Dieser Befund nährt Befürchtungen, dass die internationale Gemeinschaft ihre selbst gesteckten Klimaschutzziele nicht einhalten kann. Im Pariser Klimaabkommen war 2015 vereinbart worden, die Erderwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen.